

Einführung von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Jäger

zum Vortrag von Herrn Maximilian Erlmeier

„Humane Marktwirtschaft – Wirtschaftsordnung für eine menschliche Zukunft“ am 06.11.2008

Die Marktwirtschaft – viele sagen der Kapitalismus – befindet sich derzeit in schwerem Seegang. Mit dieser allseits geteilten Feststellung meine ich nicht nur die Stürme der globalen Finanzmärkte mit ihren nationalen Auswirkungen, sondern auch die Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems durch die Bürger. Dies gilt vor allem für Deutschland. Schon vor der Zuspitzung der amerikanischen und globalen Finanzkrise in den letzten Wochen erbrachte eine Allensbach-Umfrage vom Juni 2008, die für die Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wurde, ein besorgniserregendes Ergebnis. Das Vertrauen der Deutschen in die Soziale Marktwirtschaft sinkt drastisch. 40% der Deutschen zweifeln laut Umfrage, ob die Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung noch zeitgemäß sei. Weitere 35% sind in dieser Frage unsicher. Knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung traut sich kein Urteil zu, ob die Marktwirtschaft das beste System sei oder eine andere Wirtschaftsordnung. Es ist davon auszugehen, dass diese Werte sich angesichts der allerjüngsten Entwicklung nochmals verschlechterten. Die Erfolge der Linkspartei auch im Westen der Republik kommen nicht von ungefähr.

Lassen Sie mich die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland kurz skizzieren.

Die Einführung der Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war alles andere als unumstritten. Die Westdeutschen bejahten zwar die Währungsreform und die D-Mark, begegneten aber der neuen Wirtschaftsordnung mit großem Misstrauen – so die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach Renate Köcher. „Am Beginn der 50er Jahre war Erhard einer der unpopulärsten Politiker der Bundesrepublik, von dem gerade einmal 14 Prozent eine gute Meinung hatten“. Symptomatisch mag eine Äußerung von Marion Gräfin Dönhoff über Ludwig Erhard aus dem Jahre 1948 sein. Die große deutsche Journalistin, die im kommenden Jahr ihren 100. Geburtstag feiern würde, schrieb: „Wenn Deutschland nicht schon eh ruiniert wäre, dieser Mann mit seinem absurden Plan, alle Bewirtschaftung aufzuheben, würde es gewiss fertigbringen. Gott schütze uns davor, dass er einmal Wirtschaftsminister wird. Das wäre nach Hitler und der Zerstückelung Deutschlands die dritte Katastrophe“ (FAZ vom 24.09.2008).

In der Tat: der Anfang war schwierig. Erst 1951 mit dem Koreaboom konnte die Soziale Marktwirtschaft Erfolge vorweisen. Die Wirtschaft wuchs. Die Bürger dankten es der Regierung Adenauer in den Bundestagswahlen, 1957 sogar mit der absoluten Mehrheit der Union. Die Soziale Marktwirtschaft wurde gleichsam zum Markenzeichen einer gelungenen Bundesrepublik Deutschland, der es ja nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und angesichts der Teilung so sehr an Identifikationssymbolen fehlte.

Vor allem in der ersten Hälfte der 50er Jahre fand in der Wissenschaft und in der Publizistik eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Anhängern planwirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Ordnungsformen statt. Mit wachsendem Erfolg der Erhardschen Politik dominierte hier die marktwirtschaftliche Ausrichtung.

Es ist bekannt, dass die „Freiburger Schule“ mit den Nationalökonomern Walter Eucken, Adolf Lampe und Constantin von Dietze sowie den Juristen Hans Großmann-Doerth und Franz Böhm bei der theoretischen Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft eine herausragende Rolle spielte.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft stammt aus einem Ende 1946 erschienenen Buch des Ökonomen Alfred Müller-Armack, später Staatssekretär von Ludwig Erhard, mit dem Titel „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“; der Begriff soll aber schon Anfang 1945 im Reichswirtschaftsministerium verwendet worden sein.

Besonders interessant ist die Verwurzelung des ordnungspolitischen Denkens der „Freiburger Schule“ im deutschen Widerstand und im Protestantismus. Gerade jüngere Publikationen, etwa von Christine Blumenberg-Lampe, Nils Goldschmidt, Brakelmann / Jähnichen und Rainer Klump, betonen, dass die Diskussion der sogenannten „Freiburger Kreise“ – das „Freiburger Konzil“, der „Freiburger Bonhoeffer-Kreis“ und die „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“ wesentliche Grundlagen der Nachkriegsordnung erarbeiteten: vor allem eine 1942 von Dietrich Bonhoeffer angeregte und fertig gestellte Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung“ mit einem Anhang zur „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der von den Ökonomen Eucken, Lampe und von Dietze gemeinsam geschrieben wurde. Aus dieser Bonhoeffer-Denkschrift geht hervor, dass – wie Nils Goldschmidt zeigte – die Rolle des Staates und die Inhalte der Sozialpolitik sich wesentlich am protestantisch-lutherischen Gedankengut orientierten. Zum Einen wünschte man einen „starken Staat“, der nicht zum Spielball von Interessengruppen werden sollte. Und zum Anderen hatte sich die Sozialpolitik aus der gesellschaftlichen Verankerung der Wettbewerbsordnung zu ergeben. So hieß es in der Denkschrift: „Sozialpolitik darf, um ihren

Namen zu rechtfertigen, sich nicht auf zusammenhanglose Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muss die gesamte Societas festigen und ständig im Einklang mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen“.

Ludwig Erhard, der den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft dann in der politischen Sprache verankerte und selbst zum Inbegriff des deutschen Wirtschaftswunders wurde, kritisierte frühzeitig eine sozialpolitische Entwicklung, die sich von der wirtschaftlichen Leistungskraft abkoppelte. Sein bekanntes Buch von 1957 „Wohlstand für alle“ ist eine einzige Warnung, ja schon ein deutliches Unbehagen an um sich greifenden wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen. In einem Kapitel „Versorgungsstaat – Der moderne Wahn“ schreibt er: „Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschalle“. Und: „Wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand“ seien „mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar“. Erhard sah hinter dem Umverteilungstreben das Treiben mächtiger Interessengruppen am Werk, die ja eigentlich ordnungspolitisch gezähmt werden sollten. Sein Ruf, „Maß zu halten“ wurde weithin belächelt. Als Bundeskanzler machte er zusammen mit Müller-Armack einen neuen Anlauf mit dem Konzept der „formierten Gesellschaft“. Erhard wurde nicht verstanden und scheiterte als Kanzler letztlich an einer kleinen wirtschaftlichen Rezession.

In der Großen Koalition trat dann der Volkswirtschaftsprofessor Karl Schiller mit dem Ehrgeiz an, die Soziale Marktwirtschaft mit einer „aufgeklärten Phase“ zu modernisieren. Das neue wirtschaftspolitische Instrument hieß „Globalsteuerung“. Das 1967 verabschiedete „Stabilitätsgesetz“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) verpflichtete die Regierung, die Ziele des „Magischen Vierecks“ zu erreichen, nämlich Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Außenhandelsgleichgewicht und angemessenes Wachstum.

Die Politik der Globalsteuerung zeitigte kurzfristig Erfolge, war aber den Wirtschaftseinbrüchen der 70er Jahre (u.a. Ölpreisschock) nicht gewachsen, zumal die Anspruchsinflation in Deutschland nicht gebremst wurde. Die Rücktritte von Finanzminister Möller 1971 und dann von Wirtschaftsminister Karl Schiller selbst 1972, aber auch der Sturz Willy Brandts, dessen Autorität 1974 durch die von ÖTV-Chef Kluncker erzwungene Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst von 11% beschädigt wurde, sind auch Ausdruck einer Entwicklung, die die wirtschaftliche Produktivitätssteigerung und die sozialpolitischen Leistungen nicht mehr in Einklang brachten. Dies gilt auch für den Sturz Helmut Schmidts und das Ende der sozialliberalen Koalition in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation. Ich erinnere an das sogenannte Lambsdorff-Papier, das eine

fundamentale wirtschaftliche Neuorientierung im Sinne der Angebotspolitik forderte, die sogar dem zukünftigen Koalitionspartner CDU/CSU sozial unausgewogen erschien.

Eine gewisse wirtschaftspolitische Wende vollzog sich im Sog eines wirtschaftlichen Aufschwungs unter der Kohl/Genscher-Regierung bis zum Jahre 1989, als die Integration der beiden deutschen Staaten die Bundesrepublik vor die wohl größte Herausforderung in ihrer Geschichte stellte – gerade auch im Hinblick auf ihre Wirtschaftsordnung. Zunächst löste die Vereinigung ein erhöhtes Wachstum aus: den sogenannten „Vereinigungsboom“. Dann allerdings erfasste die Rezession auch die Bundesrepublik. Ab 1993 wurden die Probleme der deutschen Integration sowie die Folgen eines immer schärfer werdenden globalen Wettbewerbs zunehmend deutlicher. Die Staatsverschuldung und die wachsende Arbeitslosigkeit riefen nach Reformen; das Wort vom Reformstau machte die Runde. Dazu gehörte nicht nur der Ruf nach Rückbau der staatlichen Aktivitäten, nach Steuersenkungen und Subventionsabbau, sondern auch und vor allem die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme, also eine Neufassung des Sozialstaats.

Die ersten Reformversuche der Regierung Kohl trugen sicherlich zur Niederlage 1998 bei. Gerhard Schröder bestritt den Wahlkampf von 1998 mit den Schlagworten „Soziale Gerechtigkeit“ und „Innovation“. Nach einer kurzzeitigen Rücknahme der sozialpolitischen Korrekturen der Regierung Kohl sah sich auch die rot-grüne Regierung angesichts des geringen wirtschaftlichen Wachstums gezwungen, mit der Agenda 2010 ein Reformzeichen zu setzen. Letztlich zahlte Kanzler Schröder dafür mit seiner Niederlage in der Bundestagswahl 2005. Auch das schlechte Abschneiden der Union unter der Führung von Angela Merkel war die Rechnung des Wählers für ein als neoliberal disqualifiziertes Reformprogramm auf dem von der Agenda 2010 vorgezeichneten Wege.

Seither wagte keine der großen Parteien, die ja in einer Koalition aneinander gekettet sind, einen weiteren wirklichen Reformschritt nach vorne. Im Grunde erfreut sich die Große Koalition der positiven Auswirkungen der Agenda 2010. Beide Volksparteien wissen mit der offensichtlich eher nach links tendierenden Mehrheit der Wählerschaft nicht richtig umzugehen. Die SPD ist unsicher in ihrem Verhalten gegenüber der Linkspartei und die Union sucht nach einem Rezept, die Sehnsucht der Bevölkerung nach sozialer Gerechtigkeit mit den wirtschaftspolitischen Bedingungen für Wachstum zu versöhnen: eigentlich das Grundanliegen der Sozialen Marktwirtschaft.

Was aber ist aus dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bzw. dem Ordoliberalismus geworden?

Ich erlaube mir fünf Thesen zu formulieren. Dabei bin ich mir der Grenzen meiner wirtschaftspolitischen Kompetenz als Politologe bewusst.

These 1: In den Wirtschaftswissenschaften findet die Politik immer weniger das Rüstzeug für die konzeptuellen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Stefan Voigt von der Universität Marburg formuliert im September-Heft der von der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift „Orientierungen“: „Erstens wird die Volkswirtschaftslehre als Disziplin immer stärker formalisiert, sozusagen mathematischer; zweitens geht der Stellenwert der Ordnungspolitik in der Lehre immer stärker zurück“. Ähnlich Ingo Pies von der Universität Halle-Wittenberg: „Der deutsche Wissenschaftsbetrieb befindet sich im Umbruch. Forschung und Lehre werden radikal reorganisiert. Wie es aussieht, könnte die Ordnungspolitik dabei auf der Strecke bleiben“. Auch Joachim Starbatty von der Universität Tübingen äußerte sich in diesem Sinne vor zwei Tagen in der FAZ.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, wie dankbar wir dem Freiburger Walter-Eucken Institut unter Viktor Vanberg sein müssen, die Fahne der Ordnungspolitik hochzuhalten.

These 2: Es fehlt in Deutschland an einer Ordnungstheorie, welche die Dimensionen des Eucken'schen oder Hayek'schen Denkens verbindet: die großen Themen Staat, Wirtschaft und Individuum. Stattdessen haben wir es mit einer Parzellierung der Themen zu tun: Beispielsweise des Spannungsverhältnisses von angebots- und nachfrageorientierter Politik, des Sinns von Industriepolitik, der Subventionspolitik, der Privatisierung und Deregulierung von öffentlichen Aufgaben, u.a. mehr.

These 3: Vor allem aber hat sich die Sozialpolitik als Politikfeld weitgehend losgelöst vom Konzept der Wirtschaftsordnung. Darin liegt der wesentliche Unterschied zum Erhard'schen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialpolitische Fragen werden wesentlich unter ethischem Vorzeichen (Stichwort: Soziale Gerechtigkeit) erörtert. Der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftsordnung geht verloren. Darin könnte eine Begründung für die Bezeichnung „Humane Marktwirtschaft“ liegen, die Herr Erlmeier vorschlägt. Die Wirtschaft hat für den Menschen da zu sein. Der Nutzen für den Menschen ist in der Wirtschaftsordnung angelegt. Deshalb rangiert die Ordnungspolitik vor der Sozialpolitik und nährt diese erst.

These 4: Der vom Ordoliberalismus geforderte „starke Staat“ ist theoretisch vernachlässigt worden. Dies offenbart sich gerade in der heutigen Finanzkrise, in der der Staat plötzlich zum dominanten Akteur wird. Für die Inhalte und Grenzen seines Handelns bieten sich

wenige ordnungstheoretische Rezepte an. Dabei ist immer zu bedenken, dass der starke Staat nicht als ausgreifender und bürokratischer Staat, sondern nur als Staat verstanden werden muss, der Rahmenregeln setzt und durchsetzt.

These 5: Die Vernachlässigung des Staates findet in noch größerem Ausmaße auf globaler Ebene statt. Soweit ich dies beurteilen kann, sind die Ordoliberalen konzeptuell weitgehend im Rahmen der nationalen, allenfalls der europäischen Wirtschaftsordnung verblieben und haben es versäumt, die Herausforderungen der Globalisierung theoretisch anzunehmen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir brauchen dringend ein überzeugendes umfassendes und allgemein vermittelbares Konzept von einem Gemeinwesen und einer internationalen Ordnung, in dem Gemeinwohlorientierung und die Freiheit des Einzelnen sich versöhnen. Letztlich ist es die Frage der klassischen politischen Philosophie nach einer menschenwürdigen Ordnung. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, erinnert an die Enzyklika „Centesimus Annus“ von Papst Johannes Paul II. nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Wenn der Kapitalismus die Grundprobleme der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Freiheit des Menschen nicht wirklich löse, sondern Gräben neu aufgerissen würden, dann kämen die alten Ideologien wieder.

Meine Damen und Herren!

Kein Zweifel, wir erleben schon jetzt eine Renaissance von Karl Marx und marxistischen Ideen. Der Mensch sehnt sich nach Visionen, am liebsten solchen mit teleologischem Charakter und historischer positiver Unausweichlichkeit, eben Ideologien. Wir brauchen darauf Antworten. Solche Antworten sind Initiativen wie die von Herrn Erlmeier zur Gründung einer Denkfabrik „Humane Marktwirtschaft“.